

04 | THEMA  
VUM DAGMëttwoch,  
20. November 2019  
Journal

# Kritische Bestandsaufnahme

Vor dem Regierungsbericht an das Genfer Kinderrechtskomitee legt das ORK seinen Finger in manche Wunden



Foto: Chambre des Députés

Gestern übergab das ORK seinen Jahresbericht an „Chamber“-Präsident Fernand Etgen (2. v. r.) und an Premier Xavier Bettel

*„Ein Kind muss immer in allererster Linie als Kind betrachtet werden. Ein Status für unbegleitete Minderjährige würde helfen“*

RENÉ SCHLECHTER Präsident des ORK,  
über den Bericht 2019

fizierungsdokumenten der KRK fünf sogenannte Auslegungsvorbehalte formulierte, also schon angab, dass seine Gesetzgebung in Punkten nicht mit verschiedenen Artikeln der Konvention übereinstimmt.

Das ORK stellt die Frage, ob diese Vorbehalte nicht ausgeräumt werden könnten. Sie betreffen etwa Verpflichtungen von Personen, die nicht Eltern eines Kindes sind, sich um es zu kümmern, unrechtmäßige Vaterschaften, Abtreibungen oder anonyme Geburten. In letzterem Bereich wünscht sich das ORK eine unabhängige Stelle, welche die Daten von Mutter und Kind aufnimmt und bei Zustimmung beider Seiten eine Kontaktaufnahme ermöglicht, damit sie zu einem späteren Zeitpunkt im Leben nach Wunsch wieder eine Beziehung aufbauen können.

Weitere Fragen, die das ORK beschäftigt ist das Mitspracherecht der Kinder, das längst nicht auf allen Ebenen gewährleistet ist. Außerdem steht nirgends, ab welchem Alter die Meinung von Kindern gehört werden muss.

## Jugendstrafrecht und Kinderstatuts

Unklar ist auch das Verbot der körperlichen Züchtigung. Das ORK, das möchte, „dass die generellen Prinzipien des Kinderschutzes auf allen Ebenen angewendet werden“, will diese sowohl in Schulorganisationsplänen, als auch bei Sportaktivitäten verbindlich festgezurrt sehen. Im Sport gehe es etwa darum, Minderjährige nicht zu großen Belastungen auszusetzen und keine psychische Gewalt zuzulassen. Über eine Charta mit den Sportföderationen könne man mehr auf diese Thematik aufmerksam machen, meint das ORK, für das die ständige Sensibilisierung für Kinderrechte sehr wichtig für die allgemeine Bewusstseinsbildung ist.

Besonders am Herzen liegt dem ORK derweil der Schutz der Kinder in Pflegefamilien - es wartet in diesem Sinne ungeduldig auf das neue Jugendstrafrecht, das laut René Schlechter „in die richtige Richtung“ geht. Nicht zum ersten mal stellt das Komitee indes die Frage nach dem Bedarf für ein Jugendstrafrecht.

Ein besonderes Anliegen ist ihm auch der Schutz von unbegleiteten Minderjährigen, die in Luxemburg landen, oft ohne jegliche Ausweispapiere. Welche Instanz sich hierzulande um sie kümmert, ist oft nicht klar. Klar ist für das ORK allerdings, dass sie allem voran als schutzbedürftige Kinder betrachtet werden. Das Komitee wünscht sich ein Statut für solche Kinder, das ihnen Schutz und Rechte zugesteht.

Auf den knapp 150 Seiten des ORK-Berichts wird der Finger noch in eine Menge anderer Wunden gelegt. Näheres gibt es auf [www.ork.lu](http://www.ork.lu) respektive bei einer öffentlichen Präsentation des Berichts heute Abend ab 18.30 im Kulturzentrum „Op der Schéiss“ in Merl. ●

LUXEMBURG  
CLAUDE KARGER

Das Fokus-Thema des diesjährigen Berichts des „Ombuds Comité fir d'Rechter vum Kand“ ist schon ein wenig besonders. Stand letztes Jahr die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Scheinwerferlicht, steht der diesjährige Bericht im Zeichen eines anderen Rapports: Nämlich den, den die Regierung im kommenden Februar gemäß seiner Verpflichtungen an das UN-Kinderrechtskomitee in Genf abgeben muss und in dem seine Bemühungen für die Umsetzung der Kinderrechtskonvention (KRK) beschreiben muss. Alle fünf Jahre steht ein solcher Bericht an.

## Weg mit den Auslegungsvorbehalten

„Wir haben also eine kritische Bestandsaufnahme durchgeführt“, sagte ORK-Präsident René Schlechter dem „Journal“, eine Arbeit, die auch als Vorbereitung für den Bericht gilt, den das ORK noch über den Regierungsrapport anfertigen wird. Man muss wissen, dass Luxemburg in seine Rati-

# Vom „Ombuds-Comité“ zum „Ombudsman“

Das ORK gibt es seit 2002 - nun wird es grundsätzlich reformiert

**LUXEMBURG** „Wir sind bald großjährig“, lacht René Schlechter, der Präsident des „Ombuds-Comité fir d'Rechter vum Kand“. In der Tat wurde das ORK, das aus einem Komitee von sechs durch den Großherzog ernannten Personen besteht, durch das Gesetz vom 25. Juli 2002 geschaffen, um die Wahrung und Förderung der Kinderrechte zu gewährleisten, wie sie in der Kinderrechtskonvention vom 20. November 1989 definiert werden, die Luxemburg durch ein Gesetz vom 20. Dezember 1993 ratifiziert hat.

Jedes Kind und jeder Jugendliche unter 18 Jahren, dessen Rechte nicht respektiert wurden kann sich an das ORK wenden. Sie können sich nach eigenem Ermessen äußern und ihre Meinung abgeben. Sie können brieflich, per E-Mail oder per Telefon Kontakt aufnehmen und sich gegebenenfalls einen Termin geben lassen.

Auch die Eltern oder der rechtmäßige Vormund eines Minderjährigen dessen Rechte nicht respektiert wurden können beim ORK vorstellig werden, sowie Verbände und Ein-

richtungen, die sich um Kinder kümmern und einen Missbrauch der Konvention der Kinderrechte und der nationalen Gesetzgebung melden wollen.

Das „Ombuds-Comité“ kann sich aber auch selbst mit Situationen befassen, wenn die Konvention der Kinderrechte nicht richtig angewendet wurde. In diesem Jahr wurden bislang 129 neue Dossiers vom ORK geöffnet, die insgesamt 247 Kinder betrafen. 30 dieser Akten stehen im Zusammenhang mit Scheidungen respektive Sorgerechtsfragen, elf betreffen unbegleitete minderjährige Migranten.

2018 waren es 157 neue Dossiers, welche das ORK eröffnete die insgesamt 278 Kinder betrafen - ein Rekord bis dahin.

## Mehr Unabhängigkeit

Angegliedert war das ORK lange Zeit an das Familienministerium, heute ist es beim Ministerium für Bildung, Kindheit und Jugend. Künftig soll es aber durch einen „Ombudsman fir



René Schlechters zweites vierjähriges Mandat beim ORK läuft bis 2021

Kanner a Jugendlecher“ (OKJ) ersetzt und unter Aufsicht des Parlaments stehen, das diesen „Ombudsman“ auch für ein einmaliges Mandat von acht Jahren beruft.

Der Anfang 2018 vom Bildungsminister auf den Instanzenweg gebrachte Gesetzentwurf mit der Aktennummer 7236 wird diese Stärkung der Unabhängigkeit der Stelle für Kinderrechte umsetzen und gleichzeitig auch die höhere Wertschätzung für sie bezeugen. Das Gutachten des OKJ soll künftig für alle gesetzlichen Bestimmungen erforderlich sein, die Auswirkungen auf Kinder haben. Nachdem seit Ende Oktober ein zweites Zusatzgutachten des Staatsrats zu dem Text vorliegt, dürfte in nächster Zukunft im „Chamber“-Plenum darüber abgestimmt werden. Neu für das ORK/OKJ wird im kommenden Frühjahr auch sein, dass es gemeinsam mit der konsultativen Menschenrechtskommission und dem „Centre pour l'Egalité de Traitement“ in das neu geschaffene „Menschenrechtshaus“ einziehen wird.